54. Jahrgang. № 95. Donnerstag, 7. April 1910.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Verlagblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

RAUM KUNST **Raumkunst** Dresden-A., Victoriastraße 5/7. : Groß-Import von orientalischen Teppichen. : Reichhaltigste Auswahl inländischer Teppiche. Mäßigste Preise.

Zu Frühjahrskuren Kräutersäfte, haltbar u. konzentr., mit Sarsaparill verstärkt, Flasche, für mehrere Tage ausreichend, 1,20 u. 1,80 Mk. Dr. Klencke's aromatischer Blutreinigungstee, 1 Mk., 1/2 50 Pfg. Dr. Brandes Blutreinigungs-Pillen und -Pulver, 1 Mk. Alle Präparate v. angen. Geschm. u. s. Wirkung. Alleinverkauf und Versand **Salomonis-Apotheke** DRESDEN-A. Neumarkt 8.

Petroleum- u. Spiritusglühlicht- Lampen einfachster Art bis zu den feinsten kunstgewerbl. Ausführungen :: in konkurrenzloser Auswahl. :: Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik, Am See 16. Fernsprecher 1136.

Lederwaren. Reise-Artikel. Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. **Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

An der Universität Leipzig wurde als erste in Deutschland eine Professur für physikalisch-chemische Mineralogie und Petrographie errichtet.

In der heute in Berlin stattfindenden Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister wird namentlich die Frage der künftigen Gestaltung der Matrikularbeiträge erörtert werden.

Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich von Preußen sind in Jerusalem eingetroffen.

Für nächsten Sonntag sind in Berlin anläßlich der verbotenen Wahlrechtsdemonstrationen große sozialdemokratische Versammlungen geplant.

Der vierfache Mörder Muff wurde gestern vom Kriminalgericht Luzern zum Tode verurteilt.

Bei den städtischen Wahlen in Milwaukee siegten die Sozialdemokraten; zum Bürgermeister wurde ein Sozialdemokrat gewählt.

Einige nützliche wirtschaftspolitische Lehren

verdienen im Anschluß an die mit Anfang dieses Monats vollzogene Aufhebung der städtischen Abgaben auf Lebensmittel, des sogenannten Oktrois, in Erinnerung gebracht zu werden. Schon die wenigen Tage, die seit der Durchführung der Maßregel verflossen sind, haben den Beweis dafür geliefert, daß die von den Gegnern dieser indirekten Auflagen erhoffte Wirkung einer allgemeinen Verbilligung der in Frage kommenden Waren nicht eintreten wird. Wohl haben sich in einzelnen Gemeinden die Bäcker zu einer geringen Herabsetzung der Brotpreise entschlossen, und hier und da ist auch das Fleisch im Preise ein wenig herabgegangen; an einem Platze haben die Fleischer erklärt, sie wollten mit Rücksicht auf den Wegfall des Oktrois von einer sonst angeblich beabsichtigt gewesenen Erhöhung der Preise absehen. Dagegen kann von einer durchgängigen Verminderung der Preise für alle von der Beseitigung des Oktrois betroffenen Waren um einen den früheren indirekten Abgaben entsprechenden Betrag gar keine Rede sein. In Bayern hat sich unter dem Drucke der öffentlichen Meinung die Regierung als Aufsichtsbehörde ins Mittel gelegt, um von den Verkäufern eine angemessene Anpassung an die neuen Verhältnisse bei der Festsetzung der Preise herbeizuführen. Die Erfahrung lehrt aber, daß solche erzwungenen Ermäßigungen regelmäßig nur von kurzer Dauer sind, weil der Zwischenhandel die Preise sofort wieder in die Höhe zu schnellen pflegt, sobald die Wachsamkeit der Behörde und des kaufenden Publikums anfängt nachzulassen. Es ist bemerkenswert, daß auch von seiten der Sozialdemokratie, die ja mit geradezu fanatischem Eifer gegen alle indirekten Abgaben Sturm läuft, in dem vorliegenden Falle das Versagen eines alten agitatorischen Schlagwortes zugegeben werden muß. Es ist bekanntlich ein parteipolitisches Dogma für die zielbewußten „Genossen", daß die Aufhebung von Zöllen unbedingt den Verbrauchern zugute komme. Demgegenüber teilt nun das Breslauer Parteiorgan mit, daß bisher die Breslauer Fleischpreise im Vergleich mit den Städten Niederschlesiens und Mitteldeutschlands um 10 bis 20 Pfennige das Pfund höher gewesen seien und daß die Breslauer Fleischermeister die städtische Schlachtsteuer als Grund für diese Erscheinung ins Gefecht geführt hätten. Jetzt aber bestreiten dieselben Elemente, der gleichen Quelle zufolge, plötzlich, daß der Wegfall des Oktrois für sie einen wesentlichen Vorteil bedeute, und wollen sich höchstens zu einer Herabsetzung der Preise um 4 Pfennige das Pfund bereit finden lassen. Von sozialdemokratischer Seite wird aber ein Abschlag von mindestens 10 Pfennigen verlangt und für den Fall der Nichterfüllung dieser Forderung mit dem Boykott gedroht. Es erscheint durchaus berechtigt, wenn angesichts solcher Erfahrungen in der konservativen Presse wieder das Verlangen nach einer genauen amtlichen Kontrolle der Preisbewegung der Lebensmittel erhoben wird, um an der Hand derartiger Erhebungen die falsche Lehre der Freihändler und Sozialdemokraten zu widerlegen, daß jede Beseitigung von Zöllen und indirekten Abgaben von dem automatischen Erfolge einer Verbilligung der Preise für die Verzehrer begleitet werde. Es sind in Wahrheit durchaus nicht allein die zum Schutze der nationalen Arbeit auf allen Gebieten unentbehrlichen Zölle, welche die Lebensmittel verteuern, sondern es wirken dazu noch ganz andere Ursachen mit, vor allem die Verhältnisse auf dem Weltmarkte und der wirtschaftliche Eigennutz des Zwischenhandels. Daß dabei das liebe Publikum selbst mit seiner in neuerer Zeit bereits mehrfach gerügten Verachtung des Pfennigs einen gewissen Teil der Mitschuld trägt, darf auch nicht unerwähnt bleiben.

Das Ergebnis der Aufhebung des Oktrois ist also, daß die von der Maßregel erwartete allgemeine Verbilligung der entsprechenden Lebensmittel nicht eintritt, wohl aber in allen betroffenen Gemeinden eine ganz erhebliche Erhöhung der direkten Steuern notwendig geworden ist, um den Ausfall zu decken; und diese Erhöhung würde selbst dann noch ungemein empfindlich wirken und in keinem Verhältnis zu den geringen Preisabschlägen der Lebensmittel stehen, wenn die Verbilligung wirklich auf der ganzen Linie erfolgt wäre. Das ist aufs Haar dasselbe, was die wohlberatenen Warner vor der Beseitigung des Oktrois seinerzeit vorausgesagt haben. Nachdem sich die Entwicklung einmal so gestaltet hat, ist es lehrreich, einen kurzen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte dieser Maßnahme zu werfen, weil daraus erhellt, wie gefährlich es ist, wenn sich eine parlamentarische Körperschaft von der das klare besonnene Urteil trübenden Macht einer Phrase, eines die Geister verwirrenden Schlagwortes beherrschen und hinreißen läßt, wie es in der sozialdemokratischen Losung von dem angeblichen „Lebensmittelwucher", der ausnahmslos durch alle indirekten Steuern auf allgemeine Genußartikel getrieben werden soll, in die Erscheinung tritt. Wenn die Sozialdemokratie von vornherein nach dieser Richtung ihre ganze Agitationskraft eingesetzt hat, so wußte sie nur zu genau, was sie tat. Nichts ist nämlich mehr geeignet, die Unzufriedenheit zu schüren, als drückende direkte Steuern, und es ist daher ganz konsequent, daß dieselbe Partei, welche die „verdammte Zufriedenheit" als das „größte Laster" stempelt, alle indirekten Abgaben bekämpft, weil dann mit Notwendigkeit die direkte Steuerschraube entsprechend stärker angezogen werden muß. Diese tiefere Absicht versteckt die Partei des Umsturzes hinter der Maske der Volksfreundlichkeit, indem sie gegen die „Verteuerung der notwentigen Lebensmittel" wettert. Nun ist es ja zweifellos richtig, daß es stets eine hauptsächliche Sorge einer gewissenhaften Regierung und Volksvertretung sein muß, die notwendigen Lebensmittel nach besten Kräften von jeder unbilligen Belastung frei zu halten. Daß aber der städtische Oktroi tatsächlich eine unerträgliche Härte dargestellt hätte, kann mit Rücksicht auf die dadurch bewirkte Verminderung der direkten Steuern schlechterdings nicht behauptet werden. Wenn also gleichwohl die Beseitigung des Oktrois seinerzeit zu einer sozialpolitischen Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht werden konnte, so war das nur möglich, weil auf bürgerlicher Seite damals das sozialdemokratisch-freihändlerische Schlagwort: „Alle indirekten Abgaben müssen abgeschafft werden," noch einen viel zu weitgehenden Einfluß ausübte. Namentlich das Zentrum, das sich inzwischen bei der Reichsfinanzreform zu einer verständigeren Auffassung bekehrt hat, gefiel sich zu jener Zeit noch in der Verteidigung der grauen Theorie von der alleinseligmachenden Kraft der direkten Steuern, und ihm ist es denn auch eigentlich zu verdanken, daß die Aufnahme der unglücklichen Bestimmung über die Beseitigung der indirekten städtischen Abgaben in das Zolltarifgesetz zustande kam. Auf das Eingreifen der Nationalliberalen war es zurückzuführen, daß die ursprünglich in Aussicht genommene sofortige Inkraftsetzung der Maßregel fallen gelassen und wenigstens die Fristbestimmung in das Gesetz eingefügt wurde, die es den Gemeinden ermöglichte, sich auf den drückenden Ausfall in ihren Einnahmen vorzubereiten. In dieser Form fand die Vorschrift dann die Zustimmung des Reichstags, und die Regierung fügte sich trotz aller bis zum letzten Augenblicke nachdrücklich geltend gemachten Bedenken dem Willen der Mehrheit, um nicht das ganze zollpolitische Werk an einer Einzelfrage scheitern zu lassen. Die Bepackung des Zolltarifgesetzes mit einer so verquerten Maßnahme ist — das muß heute nochmals festgestellt werden — nur dem doktrinären Eigensinn des Zentrums zu verdanken, das sich zum Schildhalter der Sozialdemokratie in der Frage der indirekten Besteuerung hergab und seine Zustimmung zum neuen Zolltarif ausdrücklich von der Aufhebung des städtischen Oktrois abhängig machte.

Geschehenes ist aber jetzt nicht mehr ungeschehen zu machen, und so bleibt es denn dabei, daß die städtischen Steuerzahler für die Sünden der Theoretiker des Reichstags büßen müssen, die früher in den indirekten Abgaben die Quelle alles Uebels erblicken zu müssen glaubten. Das mögen sich die geschädigten Kreise für künftige Fälle merken und nur solchen Kandidaten ihre Stimmen geben, die im Punkte der Besteuerung den vernünftigeren Anschauungen huldigen, die bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform den Obsieg erlangt hatten und denen einen dauernden Bestand zu sichern in der Hand der Wähler selbst liegt. Wohin es führen würde, wollte man auf dem von der Sozialdemokratie geforderten Wege der Beseitigung aller indirekten Steuern weiterschreiten, zeigt die Statistik in eindrucksvollen Zahlen. In Preußen allein beträgt die gegenwärtige annähernde Gesamtsteuerlast der Bevölkerungskreise, die ein Einkommen von über 3000 Mark versteuern, 560 Millionen Mark = rund 75 Prozent des Einkommensteuerertrages überhaupt. Außer den direkten Steuern werden aber noch rund 580 Millionen indirekte Steuern in Preußen erhoben, von denen wiederum 75 Prozent = 435 Millionen auf die bezeichneten Kreise entfallen. Wollte man nun diese 435 Millionen indirekte Steuern auch noch auf direktem Wege erheben, so ergäbe das zusammen mit den vorgedachten 560 Millionen rund eine Milliarde Mark, d. h. die Inhaber der Einkommen über 3000 Mark müßten in Preußen von ihrem rund 4½ Milliarden Mark betragenden Gesamteinkommen nahezu ein Viertel als direkte Steuern an Staat und Gemeinden abliefern! Da die Verhältnisse ähnlich auch in den übrigen Bundesstaaten liegen, so würde die Beseitigung aller indirekten Steuern und ihrer Ersetzung durch direkte Abgaben mit einer teilweisen Konfiskation des Einkommens durch Staat und Gemeinden gleichbedeutend sein und den finanziellen Untergang der wirtschaftlich und geistig führenden Klassen des deutschen Volkes vorbereiten. Das wäre Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie; eine fürsorgliche, staatserhaltende Politik aber muß angesichts solcher Gefahren alle Energie daransetzen, um es nun endlich des grausamen Spiels mit der Anziehung der direkten Steuerschraube genug sein zu lassen.

Esst Pfunds Yoghurt!

Neueste Drahtmeldungen

vom 6. April.

Der Kaiser in Homburg v. d. H.

Homburg v. d. H. Der Kaiser, die Kaiserin und die Prinzessin Victoria Luise, sowie die Damen und Herren des Gefolges traten um 2 Uhr einen größeren Ausflug in sechs Automobilen an. Die Fahrt geht über Königstein, Epstein, Wiesbaden, Nierstein, Eltville, Pappenheim, Geisenheim und Rüdesheim zum Niederwalddenkmal, das besichtigt werden soll. Auf der Rückfahrt gedenken die Herrschaften in Wiesbaden den Tee zu nehmen und dann über Höchst und Cronberg nach hier zurückzukehren.

Zur Finanzministerkonferenz in Berlin.

Berlin. Die morgen hier stattfindende Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister wird sich mit Etatfragen, insbesondere mit der künftigen Gestaltung der Matrikularbeiträge, befassen.

Zur Frage der Schiffahrtsabgaben.

Karlsruhe. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärte Minister v. Bodmann zur Frage der Oberrheinregulierung von Konstanz bis Basel, ein endgültiges Urteil lasse sich erst abgeben, wenn ein fertiges Projekt vorliege. Es handle sich um ein überaus schwieriges und kostspieliges Werk, zu dem von badischer Seite kein Pfennig verausgabt werden dürfe, ehe nicht die Sicherheit bestehe, daß die Schweiz einen ihren Interessen entsprechenden Anteil am Ausbau des Stromes gebe.

Ein erneutes Dementi.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die offizielle „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Wie wir einer Mitteilung des „Standard" entnehmen, hat ein Dr. Goldstein, der Verfasser des im „Ruskoje Slowo" erschienenen apokryphen Interviews, dem „B. T." die Nichtigkeit des Interviews versichert und sich dafür auf den russischen Botschafter in Rom berufen, der ihn beim Reichskanzler eingeführt habe. Der Kanzler hätte darauf Dr. Goldstein gesprochen, aber vielleicht nicht den Wunsch gehabt, seine Aeußerungen veröffentlicht zu sehen. Auch diese Angaben sind falsch. Insbesondere ist es unzutreffend, daß der genannte Herr beim Reichskanzler durch den russischen Botschafter eingeführt worden sei. Wir können erneut feststellen, daß der Reichskanzler weder mit Herrn Dr. Goldstein noch mit anderen Herren der Presse politische Gespräche geführt hat.

Zur preußischen Wahlrechtsvorlage.

Berlin. (Priv.-Tel.) In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß im Abgeordnetenhause in den

SLUB Wir führen Wissen.